6. Juli 2021

ZUR REICHWEITE DES § 2 COVMG BEI DER DURCHFÜHRUNG VON GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNGEN EINER GMBH

DIE COVID-19-PANDEMIE ERSCHWERT MIT IHREN REISEBESCHRÄNKUNGEN UND KONTAKTVERBOTEN PHYSISCHE TREFFEN. DIESE BEHINDERN OFTMALS AUCH DIE DURCHFÜHRUNG VON GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNGEN VON GESELLSCHAFTEN MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG (GMBH). DESHALB HAT DER GESETZGEBER EINE VORÜBERGEHEND ERLEICHTERUNG FÜR DIE BESCHLUSSFASSUNGEN STATUIERT, WONACH DIESE AUSSERHALB VON GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNGEN NICHT MEHR (WIE ES DAS GESETZ EIGENTLICH VORSIEHT) NUR MIT DER ZUSTIMMUNG ALLER GESELLSCHAFTER MÖGLICH SIND. DAS LANDGERICHT STUTT GART HAT NUN ENTSCHIEDEN, DASS DIESE ERLEICHTERUNG BESTEHENDE, GGF. EINSCHRÄNKENDE SATZUNGSREGELUNGEN ZUR BESCHLUSSFASSUNG IM SCHRIFTLICHEN VERFAHREN NICHT MODIFIZIERT UND DEN ANWENDUNGSBEREICH DER GESETZLICHEN REGELUNGEN DAMIT DEUTLICH EINGESCHRÄNKT. DAS URTEIL HAT FÜR DIE PRAXIS WEITREICHENDE FOLGEN. DER BEITRAG FÜHRT ZUNÄCHST IN DIE PROBLEMATIK EIN (I.), BELEUCHTET ANSCHLIESSEND DAS URTEIL DES LANDGERICHT STUTT GART (II.) UND GIBT ABSCHLIESSEND EINE BEWERTUNG UND EINEN AUSBLICK ÜBER DIE FOLGEN FÜR DIE PRAXIS (III.). ([mehr...](#))